

Anwohner fordern Druck auf Autohändler

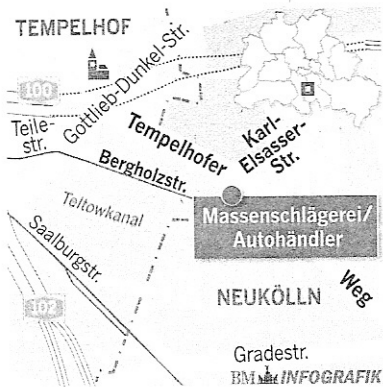
Nach der Massenschlägerei: Polizei nimmt Personalien von 171 Beteiligten auf – Ordnungsämter sollen mehr kontrollieren

■ Von Peter Oldenburger

Nach der Massenschlägerei zwischen rivalisierenden Autohändlern und Großfamilien am Freitag in Tempelhof fordern Politiker und Anwohner den Senat und die Bezirksämter zum Handeln auf. Der CDU-Abgeordnete Florian Graf sagte gestern: „Dringend notwendig ist eine konzertierte Aktion sämtlicher zuständiger Behörden. Den katastrophalen Zuständen im Umfeld der Automärkte in dem Gewerbegebiet muss endlich Einhalt geboten werden.“

Die Polizei musste am Freitag etwa 200 Beamte einsetzen, um den mit Gewalt ausgetragenen Konflikt auf dem Gelände eines Autohandels am Tempelhofer Weg zu beenden. Sechs Männer wurden festgenommen, ein Palästinenser sollte am Sonnabend wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung einem Haftrichter vorgeführt werden, sagte ein Polizeisprecher. Insgesamt habe die Polizei die Personalien von 171 Beteiligten aufgenommen. In umfangreichen Ermittlungen sollen nun die Hintergründe der Auseinandersetzung aufgeklärt werden, bei denen sechs Männer zumeist leichte Verletzungen erlitten hatten.

Anwohner des Gewerbegebiets an der Bezirksgrenze von Tempelhof-Schöneberg und Neukölln klagen bereits seit etwa drei Jahren über Lärm und Sachbeschädigungen und andere Belästigungen, die von den vier Automärkten ausgehen. Die Gebrauchtwagen-



händler hatten sich in dem Gewerbegebiet entlang der Teilestraße und des Tempelhofer Wegs angesiedelt, nachdem der wild wuchernde Autohandel aus der Bautzener Straße in Schöneberg vertrieben wurde. Seither werden große Autotransporter häufig mitten in der Nacht bei laufenden Motoren be- und entladen. „Die Fahrer laden ihren Müll in Vorgärten ab, urinieren an Hauswände. Abgemeldete Fahrzeuge ohne Kennzeichen nehmen den Anwohnern den Parkraum“, sagt ein Anwohner der Sachsenhausener Straße.

Dramatischer Niedergang des Viertels

„Das Wohnumfeld erlebt einen dramatischen Niedergang“, sagt Florian Graf, CDU-Kreisvorsitzender von Tempelhof-Schöneberg und seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. „Die Bewohner der angrenzenden Straßen sind verzweifelt. Ihre Sorgen müssen ernst genommen werden“, sagt Graf. Es reiche nicht aus, wenn die Behörden entweder nicht reagieren oder Polizei

und Ordnungsämter auf fehlendes Personal verweisen, so der Politiker weiter. Er fordert eine verstärkte Kontrolldichte der Ordnungsämter. Eine Durchfahrtsbeschränkung für Lkw könne die Lärm- und Parkplatzprobleme der Anwohner mindern. „Denkbar ist ferner, dass das Gewerberecht gewisse Auflagen für den Autohandel ermöglicht“, ergänzt Graf.

Abgemeldete Autos auf der Straße

Bislang zeigt sich die Verwaltung eher hilflos. Beispiel: Das für den Straßenverkehr zuständige Ordnungsamt fordert die Besitzer abgemeldeter Autos mit gelben Aufklebern auf der Windschutzscheibe auf, das illegal abgestellte Fahrzeug zu entfernen. Bevor das stadtwweit für das Abschleppen solcher Pkw zuständige Ordnungsamt Lichtenberg endlich eingreift, ist der betreffende Wagen verschwunden. Er steht entweder auf einem der Händlerplätze oder wurde verkauft. Stattdessen steht ein anderer, nicht zugelassener Wagen am selben Platz. Das gleiche Spiel beginnt von vorn.

Claudia U., Anwohnerin der Rohdestraße, kann das zögerliche Vorgehen der Verwaltung nicht verstehen. „Andere Gewerbe werden mit zahllosen Auflagen überzogen. Die Autohändler machen, was sie wollen. Angeblich gebe es nicht einmal umweltschädliche Folgen durch die Alautos. Werden die Händler eigentlich auf illegale Beschäftigung überprüft?“, fragt die Hausbesitzerin, die zunehmend Mühe hat, solvente Mieter für ihre Wohnungen zu finden.

Einen anderen Umgang mit der Problematik fordert Badr Mohammed (SPD), Mitglied der Bezirksverordneten-Versammlung Tempelhof-Schöneberg sowie integrationspolitischer Sprecher seiner Partei, und greift den Senat an: „Es wird Zeit, das Problem an der Ursache zu bekämpfen, die Gründe gescheiterter Integrationspolitik anzugehen. Stattdessen wird ein Tabu daraus gemacht.“ Die jüngste Eskalation zwischen Arabern, Libanesen oder Palästinensern war für ihn vorhersehbar. Mohammed: „Sie führen einen interkulturellen Kampf gegeneinander. Und das mit archaischen Methoden, als wären sie in einem Dorf im Nahen Osten. Das ist der Skandal.“



Polizeibeamte einer Einsatzhundertschaft nehmen Männer fest, die an der Massenschlägerei auf einem Autohof beteiligt waren

FOTO: DPA